

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

9.11.1901 (No. 306)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 9. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
N^o 306. Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht jurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 29. Oktober d. J. gnädigst geruht, den Ober-Postdirektionssekretär Max Hofeinz aus Graben zum Postkassirer beim Bahnpostamt Nr. 27 in Mannheim zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Das Wahlrecht.

* Karlsruhe, 8. November.

In Nr. 517 der „Badischen Landeszeitung“ sind aus dem neulich erschienenen Werke von Georg Meyer „Das parlamentarische Wahlrecht“ die Ausführungen abgedruckt, worin dieser leider zu frühe hingeworfene hervorragende Staatsrechtslehrer und Parlamentarier mit der ihm eigenen Umsicht die Vorzüge und Mängel des indirekten und direkten Wahlrechtsystems gegeneinander abwägt und zu dem Schlusse gelangt: „Die auf Herstellung direkter Wahlen gerichtete Zeitströmung ist so stark, daß sie mit der Zeit wohl überall durchdringen wird. Die Tage des indirekten Wahlrechts sind daher aller Wahrscheinlichkeit nach gezählt, und daselbe wird vermuthlich bald einer vergangenen Epoche angehören.“

Wenn die „Badische Landeszeitung“ den Wunsch beifügt, daß sich Georg Meyer's Vermuthung auch für Baden baldigst erfüllen werde, so entspricht dies gewiß der Stimmung, welche nicht bloß in weiten Kreisen unseres Volkes, sondern auch bei der Regierung vorhanden ist. Die Frage ist nur, ob das direkte Wahlrecht als ein allgemeines und gleiches ohne jede Schranke eingeführt werden soll. Was Georg Meyer in dieser Hinsicht gedacht hat, ist in obigem Zeitungsartikel nicht erwähnt. Man kann es aber aus der Thätigkeit Meyer's im öffentlichen Leben und aus seinem Buche entnehmen. Denn Meyer war es, welcher den Kommissionsbericht der Ersten Kammer vom 29. April 1898 verfaßte und vertrat, der zu dem Schlusse gelangte, die Kammer sei bereit, der Einführung des direkten Wahlrechts beizutreten, wenn Gewähr dafür geboten werde, daß auch künftighin die durch politische Einsicht und Mäßigkeit hervorgerufenen Elemente des Staatslebens eine entsprechende Berücksichtigung finden, und als solche Garantie betrachte sie in erster Linie die Ergänzung der Zweiten Kammer durch Abgeordnete, welche von Organen der Selbstverwaltung gewählt werden. Und in dem nachgelassenen Werke Georg Meyer's finden sich (Seite 448) folgende Worte über die in diesem Sinne in der Denkschrift der Regierung von 1899 gemachten Vorschläge: „Sie (die badische Regierung) erstrebt in diesem Falle eine Ergänzung der Zweiten Kammer durch Abgeordnete, welche von Organen der Selbstverwaltung gewählt werden. Wenn dieser Vorschlag durchgeführt würde, so ständen die besonderen Wahlbefugnisse nicht privilegierten Ständen und Klassen, sondern lediglich solchen Personen zu, welche durch das Vertrauen ihrer Mitbürger zu öffentlichen Aemtern berufen wären, dem Staate oder anderen Verbänden besondere Dienste leisteten und in Verwaltungsgeschäften praktische Erfahrung besäßen. Zweifellos würden auch aus derartigen Wahlen Abgeordnete hervorgehen, welche für parlamentarische Thätigkeit besonders geeignet wären.“

Georg Meyer ist also für das direkte Wahlrecht, aber nicht für das ganz unbeschränkte direkte allgemeine gleiche Wahlrecht. Und das hat die „Badische Landeszeitung“ hervorzuheben vergessen.

Das Buch Georg Meyer's ist wirklich zur rechten Zeit erschienen. Man gewinnt daraus einen vollständigen und fesselnden Ueberblick über die Gestaltung des Wahlrechts in allen europäischen Staaten und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Und das ist für die vorliegende Frage von großer Bedeutung. Man kann sich nämlich durch diesen Ueberblick davon überzeugen, daß ein unbeschränktes, allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht, wie es nunmehr im Wettbewerb der verschiedenen Parteien für Baden angestrebt wird, fast nirgends in Geltung ist. Wenn man von dem deutschen Reichstagswahlrecht absteht, das in einer ganz außerordentlichen geschichtlichen Krisis für das gewaltige Gebiet eines großen Bundesstaates eingeführt worden ist, das bei der Verschiedenartigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Theile des Reichs eine ganz eigenartige Wirksamkeit entfalten mußte, dem endlich die Beschränkung der Diäten-

losigkeit beigegeben ist, wenn man jedoch die für uns nicht vorbildlichen Verhältnisse der schweizerischen Kantone außer Betracht läßt, so gilt das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht zur Zeit lediglich in Frankreich und auch dort ist die Allgemeinheit des Wahlrechts dadurch eingeschränkt, daß nur diejenigen wahlberechtigt sind, welche schon mindestens sechs Monate vor der Eintragung in die ständige Wählerliste ihren Wohnsitz in der Gemeinde, wo gewählt wird, gehabt haben; und die Befugnisse des aus solchen Wahlen hervorgegangenen Parlamentes sind dadurch eingegrenzt, daß es sie in jeder Beziehung, auch in Budgetsachen, mit dem aus Wahlen der Selbstverwaltungsorgane hervorgegangenen Senat zu theilen hat. Im übrigen sind die Erfahrungen, die man mit der Zusammenfassung und den Thaten der französischen Abgeordnetenkammer gemacht hat, nicht gerade so beschaffen, um zur Nachahmung bei der Einführung des gleichen Wahlrechts anzuspornen.

In den deutschen Staaten gilt zur Zeit nirgends das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht. Preußen und Sachsen haben das Dreiklassenwahlrecht, das übrigens, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, nicht zur Einführung in das badische Verfassungsrecht empfohlen werden soll. In Bayern und Hessen gelten neben dem indirekten Wahlrecht noch eingreifende Beschränkungen des allgemeinen Wahlrechts, namentlich insofern, als die Wahlberechtigung an die Voraussetzung eines längeren Wohnsitzes in der Gemeinde und einer direkten Steuerleistung geknüpft wird; und es ist für Bayern in dem von einem Centrumsmitglied befristeten Antrag und für Hessen in dem neulich dem Landtage unterbreiteten Regierungsentwurf einer Verfassungsänderung vorgesehen, daß diese Einschränkungen des allgemeinen Wahlrechts auch bei Einführung der direkten Wahl aufrecht erhalten werden sollen. In Württemberg gilt bekanntlich die Bestimmung, daß den durch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht berufenen Abgeordneten noch ein unwiderrufliches sogenanntes Privilegium aus der Ritterschaft und den Prälaten sowie der Universitätskanzler beitreten. Ähnliche, zum Theil viel weiter gehende Einschränkungen sind in den übrigen deutschen Staaten maßgebend.

In dem Mutterlande des Parlamentarismus, in England, wurde das Wahlrecht durch eine vorsichtig fortschreitende Gesetzgebung auf immer weitere Kreise der Bevölkerung erstreckt, es ist direkt und geheim, aber immer noch kein allgemeines und namentlich wegen der großen Verschiedenheit der Wahlbezirke noch kein gleiches. Es steht im wesentlichen nur solchen Personen zu, welche entweder ein Wohnhaus oder einen Theil eines Wohnhauses als besondere Wohnung besitzen. Und die Wahlfähigkeit ist sehr eingreifend dadurch beschränkt, daß der Abgeordnete die sehr erheblichen Kosten seiner Wahl selbst zu zahlen und keinen Anspruch auf Diäten hat.

In Italien besteht eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts insofern, als daselbe an den Nachweis einer bestimmten Bildung oder eines gewissen Besitzes geknüpft, sowie von einem längeren Wohnsitz („politisches Domizil“) abhängig ist, und durch die Diätenlosigkeit eine Beschränkung der Wahlfähigkeit.

In Oesterreich ist das Wahlrecht zu den Landtagen und zum Reichsrath auf der Grundlage der Interessenvvertretung aufgebaut, derart, daß die Großgrundbesitzer, die Handels- und Gewerbetreibenden, die Städte- und die Landgemeinden besondere Abgeordnete wählen, zu denen dann noch ein verhältnismäßig kleiner Theil (72 von im ganzen 425 Mitgliedern des Reichsraths) auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts berufener Abgeordneter hinzutritt.

In Ungarn ist das Wahlrecht noch tiefgreifender Beschränkungen unterworfen, indem es vom Nachweise eines bestimmten Besitzes oder einer höheren Bildung abhängig ist; zudem ist die Wahl dort noch öffentlich.

In Belgien besteht das allgemeine direkte Wahlrecht mit Verhältniswahlrecht und Wahlpflicht; das gleiche Wahlrecht ist aber durch das Pluralitätssystem eingeschränkt, wonach die Wähler unter bestimmten Voraussetzungen (Verheirathete und Witwer über 35 Jahre, Personen, die bestimmten Grundbesitz oder eine bestimmte Rente haben, eine Mittelschulbildung nachweisen u. s. f.) zwei oder drei Stimmen abgeben dürfen.

Die Niederlande haben auch nach dem neuesten Gesetz, welches die Wahlberechtigung auf weite Kreise erstreckt hat, die Voraussetzung einer bestimmten direkten Steuerleistung oder eines gewissen Besitzes oder Einkommens beibehalten.

Auch in den skandinavischen Staaten, wo schon seit Jahren eine demokratische Strömung hervorgetreten ist, finden wir überall wirksame Beschränkungen des Wahlrechts. In Dänemark ist nur derjenige wahlberechtigt, welcher das 30. Lebensjahr vollendet und ein Jahr lang in der betreffenden Gemeinde den Wohnsitz gehabt hat; die Abstimmung ist öffentlich. In Schweden sind nur diejenigen wahlberechtigt, denen das Wahlrecht in der Gemeinde zufließt und welche außerdem noch einen nicht ganz unbedeutenden Besitz oder ein bestimmte Steuerleistung nachweisen. Auch in Norwegen, wo überdies noch das indirekte Wahlverfahren gilt, ist das Wahlrecht von Grundbesitz, Steuerzahlung oder der Eigenschaft als Beamter abhängig.

Diese Uebersicht über die Gesetzgebung der wichtigsten Länder ist doch wohl geeignet, diejenigen etwas nachdenklich zu machen, welche die Einführung eines gleichzeitig direkten, allgemeinen und gleichen Wahlrechts in unsere Verfassung anstreben. Sie lehrt uns, daß alle Staaten, auch solche, welche an Volksbildung und politischer Erfahrung mit unserem Lande wetteifern können, in vorsichtiger Ueberlegung es für erforderlich hielten, am einen oder andern Punkte, entweder an der Allgemeinheit oder an der Gleichheit des Wahlrechts, ein Gegengewicht oder eine Schranke anzubringen.

Die italienischen Studenten in Oesterreich.

Die letzten Ereignisse an der Innsbrucker Universität haben die dortigen italienischen Dozenten veranlaßt, den Professor Dr. Pachioni nach Wien zu entsenden. Professor Dr. Pachioni erschien Dienstag im Unterrichtsministerium und überreichte, wie das „Trentenblatt“ berichtet, dem Unterrichtsminister Dr. Ritter v. Hartel namens der italienischen Dozenten und Studenten der Innsbrucker Universität eine Denkschrift, in welcher u. A. darauf hingewiesen wird, daß die Siftirung der italienischen Parallelkurse die Italiener jeder Möglichkeit beraubt hat, in ihrer Muttersprache den Studien obzuliegen. Die Denkschrift fordert schließlich die baldigste Errichtung einer italienischen Universität in Triest. Dr. Ritter v. Hartel nahm die Denkschrift freundlich entgegen und versprach, im Abgeordnetenhaus die im Klub der italienischen Abgeordneten in dieser Angelegenheit gestellte Interpellation zu beantworten. Professor Dr. Pachioni begab sich mit einer fünfgliedrigen Deputation der italienischen Studenten Wiens in den Klub der italienischen Abgeordneten, wo er im Verlaufe einer dreistündigen Konferenz die letzten Vorgänge an der Innsbrucker Universität schilderte, und die Siftirung der italienischen Vorlesungen für eine den 800 000 Italienern Oesterreichs zugefügte Schmach erklärte, die sich dieselben nicht ruhig gefallen lassen könnten. Die italienischen Abgeordneten wiesen übereinstimmend darauf hin, daß die Vorgänge der letzten Tage an den Universitäten von Wien und Innsbruck die entscheidende Krise in der Frage der Errichtung der italienischen Universität in Triest hervorgebracht haben. Man werde sich nicht mehr mit schönen Worten abfertigen lassen, sondern es wird mit aller Energie die Regierung an ihre unabweisliche Pflicht gegenüber den kulturellen Bestrebungen der Italiener Oesterreichs erinnert werden. Die Abgeordneten ersuchten schließlich die Erschienenen, die Beantwortung der Interpellation des Baron Malfatti abzuwarten, bevor sie zu der geplanten gemeinsamen Demonstration der italienischen Hochschüler von Wien, Graz und Innsbruck schreiten. An die italienische Studentenschaft Wiens sind über hundert Zustimmungstelegramme und Briefe aus allen italienischen Gemeinden Oesterreichs und auch aus vielen Städten Italiens eingetroffen, in welchen die italienischen Studenten aufgefordert werden, im Kampfe für die Rechte der Muttersprache unentwegt auszuhalten. Professor Dr. Pachioni wird in einer nächster Tage stattfindenden Versammlung der italienischen Studenten über das weitere Vorgehen der Italiener in dieser Frage referiren.

(Telegramm.)

* Wien, 7. Nov. Abgeordnetenhause. In Beantwortung mehrerer Interpellationen wegen der Vorgänge an der Universität Innsbruck erklärte der Unterrichtsminister, v. Hartel, diese zu mißbilligenden Vorcommissee seien dadurch veranlaßt, daß seit geraumer Zeit auch in Kreisen, denen man es eigentlich nicht zutrauen sollte, eine entsprechende agitatorische Thätigkeit entfaltet werde. Die Regierung habe seit Jahren versucht, in Ausführung des einstimmigen Beschlusses des

Tiroler Landtages italienische Parallellkurse an der juristischen Fakultät einzuführen, wodurch der ursprüngliche Charakter der Innsbrucker Universität nicht berührt werden konnte, um dem Bedürfnis der italienischen Jugend nach Vorlesungen in ihrer Muttersprache zu entsprechen und durch Heranziehung italienischer Lehrkräfte die Vorbedingungen für die Errichtung einer selbstständigen italienischen Fakultät zu schaffen. Das Inspektoren derselben solle den Beratungen der akademischen Behörde an der Innsbrucker Universität anheimgestellt werden. Wenn die dabei gebotenen Voraussetzungen nicht zuträfen, so werde es die Pflicht der Regierung sein, in anderer Weise für das Studium der italienischen Studenten zu sorgen. Die Regierung werde nicht veräumen, die verfassungsmäßige Zustimmung einzuholen.

Die von dem Altheutschen Berger beantragte Eröffnung der Debatte über die Antwort des Ministers wird abgelehnt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 8. November.

Heute Früh traf der Major von Schwerin in Schloß Baden ein und erstattete Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog Vortrag, welcher bis 12 Uhr dauerte. Hierauf empfing Seine Königliche Hoheit den General der Infanterie z. D. Freiherrn Koeder von Diersburg als Präsidenten des badischen Militärvereinsverbandes zum Vortrag.

Nachmittags machten die Großherzoglichen Herrschaften mit Ihrer Königlichen Hoheit der Kronprinzessin Victoria einen Ausflug nach Schloß Favourite.

Morgen Früh reist Seine Königliche Hoheit der Großherzog für einige Stunden nach Karlsruhe.

Bei den Postagenturen in Karibib und Lüderichsbusch (Deutsch-Südwestafrika) ist der Postamtsverwaltungs- und Nachrichtenendienst eingeführt worden.

(Großherzogliches Hoftheater.) In Mascagni's „Cavalleria rusticana“ gastierte gestern Herr William Hartmann vom Stadttheater in Heilbronn in der Partie des „Turiddu“. Der junge Mann ist im Besitze einer schönen, weichen und biegsamen Tenorstimme, welche bereits den Einfluß einer ganz vorzüglichen Schule erkennen läßt; eine gewisse Unklarheit in der Anwendung seiner schönen Mittel läßt dieselben aber noch nicht zur vollen Wirkung gelangen, und verweist den jungen Sänger noch auf ein ganz fleißiges Studium, damit sich das Organ den großen Ansprüchen an Kraft und Ausdauer, wie sie die Höhe verlangt, gemessen zeigen kann. Im Spiel verrät das ganze Wesen und die überhäufte Bewegungen noch sehr den Anfänger, einzelne gelungene Momente lassen aber doch vorhanden ein schönes Talent für dramatische Darstellung erkennen. Die „Santuzza“ darf Fräulein Fehender zu ihren Glanzrollen zählen; die Stimme klang voll und rein, wieder völlig befreit von dem Einfluß der rauhen Witterung. Ihr vorwärtiger, tiefer Empfindung besetztes, geistvolles Spiel kam der ausgezeichneten Wirkung ihrer Partie sehr zu gute. Für den „Alfio“ gab Herr van Gorkom sein Bestes. Anerkennenswerth sang Fräulein Weber die „Vola“. In lobender Erwähnung sei auch der „Mutter Lucia“ des Fräulein Friedlein gedacht. Das Ballet „Coppelia“ von Delibes beschloß den Abend.

(Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe.) In der heute stattgehabten ordentlichen Generalversammlung wurden die Anträge des Aufsichtsrathes (u. a. 15 Proz. Dividende) einstimmig angenommen und an Stelle des mit Tod abgegangenen Herrn Wilhelm G. Frhr. v. Rothschild Herr Ministerialdirektor a. D. Joseph Hoeter, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Berlin, gewählt.

(Wagenbrand.) Infolge Kurzschlusses geriet gestern Nachmittag 2 Uhr auf der Kaiserstraße zwischen Leopold- und Friedrichstraße ein Straßenbahnwagen in Brand und mußte außer Kurs gesetzt und in das Depot verbracht werden.

(Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 6. November.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Darr. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Frhr. v. Red. — Der Stationswärter der Station Unterwisheim der Lokalbahn Bruchsal-Menzingen Friedrich Seitz aus Pfankstadt und der Lokomotivführer Georg Zder aus Menzingen, die durch Unachtsamkeit in der Frühe des 21. Juni auf der Station Unterwisheim den Zusammenstoß eines Personenzuges mit drei Güterwagen herbeiführten, wodurch drei Personen zum Theil nicht unerheblich verletzt wurden und ein geringer Materialschaden entstanden ist, wurden wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports und fahrlässiger Körperverletzung bestraft. Seitz erhielt eine Geldstrafe von 50 M., Zder eine solche von 30 M. Wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall wurde der Tagelöhner

Der Typhus.

Von Dr. Curt Rudolf Kreuzner.

(Schluß.)

Zuweilen zeigt der Abdominaltyphus die seltsamsten Launen bei seiner Verbreitung. Obwohl Schmutz und Fäulnis dieselbe begünstigen, gibt es andererseits wieder Orte, z. B. einen Stadtteil in Lüdingen, wo, wie Professor Jürgensen berichtet, „trotz der schauerhaftesten Verwahrlosung der Typhuskeime niemals recht zur Entwicklung kommt“. Besonders verdient es der Beachtung, daß nach dem Aufgraben der oberflächlichen Erdschichten sehr häufig der Typhus sich einstellt, wie es z. B. vor einigen Jahren beim Bau der nördlichsten Pacificbahn von Kanada nach Vancouver der Fall war. Erdarbeiten in jungfräulichen Boden und Feld sind dabei selbstredend lange nicht so gefährlich, wie wenn man das Eingeweide der Erde in alten Städten aufreißt, wo der Schmutz der Jahrhunderte abgelagert ist, wie z. B. in Vola, wo vor wenigen Jahren die Anlage einer Wasserleitung zu einer explosionsartigen Epidemie Veranlassung gab.

Die individuelle Disposition wird sichtlich durch das Lebensalter beeinflusst. Menschen in mittleren Jahren sind am meisten der Erkrankung ausgesetzt, während Kinder seltener ergriffen werden, und Frauen, die stillen oder sich in anderen Umständen befinden, fast als immun bezeichnet werden können.

Wenn wir nun zu einer kurzen Beschreibung des Krankheitsbildes übergehen, so muß zunächst bemerkt werden, daß der Typhus sich nie rapid in wenigen Stunden oder Tagen entwickelt. Vom Momente der Infektion bis zum Auftreten schwerer Krankheitserscheinungen vergehen bis zu 14 Tagen und 3 Wochen, und der Umstand, daß sich anfangs nur leichtes Unbehagen mit herabgesetzter Leistungsfähigkeit und dem Gefühl der Ermüdung, mit Engenommenheit des Kopfes, Verminderung des Appetites, Rauschhaftigkeit und Verdauungsbeschwerden geltend macht, führt dazu, daß die Anfangsstadien leider fast niemals beachtet werden. Im Dünndarme und

Binzens Meermann aus Vichtenthal unter Anrechnung von ein Monat Untersuchungsfrist zu ein Jahr neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Gegen drei Maurer aus Wilsbach, Namens Ludwig Kuppender, Matthias Wild und Adolf Unger, die am Abend des 9. September in der Nähe von Bergshausen den auf einem Acker arbeitenden Tagelöhner Schurr aus Bergshausen ohne allen Anlaß überfallen und durchprügelten, ihn dann in einen benachbarten Wald schleppten und dort nochmals mißhandelten, sprach der Gerichtshof wegen schwerer Körperverletzung und Nötigung eine Gefängnisstrafe von je sechs Monaten aus.

(Heidelberg, 7. Nov.) Nach der II. Immatrikulation sind 354 Studierende eingeschrieben worden. — Die Einverleibung Handshühnsheim zu Heidelberg ist nunmehr endlich beabsichtigt. — In dem zweiten Kammermusikabend von Otto Seelig fand das Mannheimer Streichquartett (Quartett Schuster) eine sehr freundliche Aufnahme. Als Solistin errang sich Frau Vierordt-Gelbing aus Karlsruhe durch den vornehmen Vortrag Welfscher Lieder reichen Beifall. — Montag, den 11. Nov. wird hier Siegfried Wagner, Bruchstücke aus seinem „Herzog Wildfang“ dirigieren.

(Baden, 7. Nov.) Die Frequenz der hiesigen Großherzoglichen Vadanstationen war nach der soeben zur Ausgabe gelangten vergleichenden Uebersicht auch im Monat Oktober d. J. eine befriedigende. So wurden im Großherzoglichen Friedrichsbad 3288 Bäder abgegeben, Abonnenten der Heilgymnastik waren es noch 34 und die Anzahl der Massierungen betrug 91. Aus dem Kaiserin Augusta-Bad sind folgende Ziffern zu verzeichnen: Bäderabgabe 1380, Abonnenten der Heilgymnastik 40, Anzahl der Massierungen 21. Auch Fango-Behandlungen und Kallermannsche Behandlungen wurden im Großherzoglichen Friedrichsbad im Monat Oktober noch in ziemlicher Anzahl abgegeben. Die Frequenz der Sommermonate war selbstverständlich in allen Abtheilungen eine ganz erheblich höhere, da besonders die hierher kommenden Fremden unsere Badeeinrichtungen wohl zu schätzen wissen. Die Oktoberfrequenz darf aber in so fern als eine günstige bezeichnet werden, als sie derjenigen im Monat Oktober des Vorjahres fast gleich geblieben, also ein Rückgang nicht zu verzeichnen ist.

(N. N. Rehl, 7. Nov.) In einer gestern Nachmittag abgehaltenen Sitzung genehmigte der Gemeinderath Straßburgs einstimmig die Verlegung der Eisenbahnlinie Straßburg-Rehl südlich von Neuborf und die Uebernahme des geforderten Zuschusses von einer Million Mark auf die Stadtkasse.

(Freiburg, 7. Nov.) Vor wenigen Tagen hat, laut „Freiburger Jtg.“ wiederum eine Dame, Fräulein Martha Kanne, eine Leber aus Barmer, daher die ärztliche Sopsprüfung mit der Note: „sehr gut“ bestanden.

(Vom Bodensee, 6. Nov.) Die Obstmärkte der Seegegend gehen ihrem baldigen Abschluß entgegen. Die Kartoffelausfuhr hat in letzter Zeit eine lebhaftere Gestalt angenommen und waren es insbesondere die Eisenbahnstationen Reiningen, Radolfzell, Singen und Zimmendingen, welche beträchtliche Transporte von Kartoffeln nach der Schweiz abzufertigen hatten. Die Kartoffeln wurden mit 3 M. 50 Pf. bis 4 M. 50 Pf. pro Doppelzentner bezahlt. — Eine italienische Kommission kam unlängst nach Wehrich zur Besichtigung der Viehhöfe. Im Handel mit Schlachtkühen bemerkt man gegenwärtig in Ulm, Stuttgart, Wehrich und Pfälzendorf eine rege Nachfrage und große Rührigkeit. Der Versandt derselben bewegt sich hauptsächlich nach dem Elsaß, nach Hessen und Bayern. — Die durch das Brandunglück in Wolterdingen zerstörten Häuser sind wieder aufgebaut. Auch die Arbeiten am Kirchenbau sind so weit fortgeschritten, daß bis zum 20. November die Kirche wieder benützt werden kann.

Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 10. Nov. Landwirtschaftliche Besprechungen in Weisweil, Schmiesheim, Steinmauern, Retselbronn und Sindelsheim; Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsum- und Abgabvereins in Sipplingen.

Sonntag, 17. Nov. Landwirtschaftliche Besprechung in Stupferich; ordentliche Generalversammlung der Spar- und Darlehenskasse in Gottenheim; außerordentliche Generalversammlung des „Getreidelagerhaus Randen zu Riedbüdingen“ in Bollhaus.

Zur französischen Flottendemonstration.

(Telegramme.)

* Paris, 7. Nov. Ein Telegramm aus Mytilene meldet, daß Admiral Caillard die Zöllnämter von Mytilene, ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzt hat. An die Mächte wurde eine Zirkularnote verfaßt, in welcher entsprechend den Erklärungen, die der Minister Delcassé in der Kammer gab, die Absichten

Frankreichs dargelegt werden. Aus den bereits eingelaufenen Antworten der Mächte ergibt sich, daß die Note überall gut aufgenommen worden ist.

* Paris, 8. Nov. Eine Note der Agence Havas besagt: Die Pforte theilt mit, daß sie beschloffen habe, die verschiedenen Forderungen Frankreichs zu erfüllen. Delcassé erwiderte, sobald der französischen Regierung der Befehl des Sultans zugegangen sei, welcher den Beschluß der Pforte ratifizirt, werde das französische Geschwader Mytilene verlassen.

* Paris, 7. Nov. Admiral Caillard theilte das Eintreffen der Kreuzer „Vinois“ und „Epec“ in Mytilene und deren Vereinigung mit dem Geschwader mit.

* Paris, 7. Nov. In einem „Für den Frieden“ betitelten Artikel erklärt der „Matin“, Frankreich möge der Welt ein Beispiel und eine Lehre geben. Es möge zeigen, daß es sich nicht um Gold schlägt, und so sehr möge es das Bewußtsein seiner Kraft haben, daß diese nicht einmal an gerechtfertigter Stelle Anwendung findet. Wenn die Türkei bloß Miene mache, sich vor der französischen Flagge zu beugen, oder wenn sie antworten würde, das Kaiserliche Schiedsgericht zur Lösung der Streitfrage anzurufen, dann möge auch Frankreich nicht zögern, dieses Anerbieten anzunehmen. Dasselbe Blatt meldet, das englische Kabinett habe der Pforte, welche unter Hinweis auf den Vertrag von 1878 die Intervention Englands angerufen hat, geantwortet, England könne nicht interveniren, da der gegenwärtige Konflikt von der Türkei hervorgerufen sei. Sollte Frankreich jedoch weiter gehen und auf andere türkische Besitzungen die Hand legen, dann wäre England bereit, seine guten Dienste bei der französischen Regierung anzubieten.

* Konstantinopel, 8. Nov. Die Nachricht von der Ankunft des französischen Geschwaders vor Mytilene in dem Augenblick, wo man im Yıldiz-Palais glaubte, daß dasselbe auf halbem Wege umgekehrt sei, rief im Yıldiz-Palais und in Pfortekreisen große Bestürzung hervor. Man glaubt an eine Besetzung der Insel. Die Zahl der Schulen und Anstalten, deren Anerkennung Frankreich verlangt, beträgt gegen 600.

* Konstantinopel, 8. Nov. Die Pforte sandte gestern Abend dem französischen Botschaftsrath Bapst eine Note, in welcher ihm mitgeteilt wurde, daß die Genehmigung zum Wiederaufbau, bezw. zur Wiederinstandsetzung von Kirchen, Klöstern und anderen Anstalten, im ganzen 16, in verschiedenen Vilajets ertheilt sei.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

* London, 8. Nov. Wie die „Times“ aus Tokio vom 31. Oktober meldet, überwiegt Korea an Japan ein Gebiet Landes von 650 Acres bei Chapokyo in der Nähe von Masampo zu einer besonderen Niederlassung, welches von Japan verwalet werden wird. Dieser Landstrich war früher von einem russischen Kriegsschiff vermessen und abgesteckt worden. Das Verbot der Getreideausfuhr seitens Koreas ist mit Rücksicht auf die Vorstellungen Japans zurückgezogen worden.

* London, 8. Nov. Die „Times“ melden aus Tokio vom 30. Oktober: Es besteht nicht die Absicht, eine Anleihe im Auslande aufzunehmen, es sei denn, daß dies unter ganz besonders günstigen Umständen geschehen könnte. Denn der fortwährende Goldzufluß, der eine Folge des blühenden Handels ist, die außerordentlich gute Ernte und die Herstellung des Friedens erleichtern die finanziellen Operationen des Landes.

* Shanghai, 8. Nov. Nach den neuesten Meldungen über die künftigen Reisen des chinesischen Hofes beabsichtigen der Kaiser und die Kaiserin Wittve zwanzig Tage in Kaifeng zu bleiben, um dort am 20. November den 67. Geburtstag der Kaiserin Wittve festlich zu begehen. Innerhalb der hierauf folgenden zehn Tage bricht der kaiserliche Hof alsdann nach Peking auf.

Didarme, welche der eigentliche Sitz des Krankheitsprozesses sind, hat sich inzwischen folgendes ereignet. Die Bakterien, welche ungestört den Magen passiert haben, erzeugen durch ihre reichliche Vermehrung auf der Darmschleimhaut zunächst einen katarrhalischen Zustand; die oberflächlichen Schichten werden ab, zerfallen und schaffen dadurch Raum für zahllose Geschwürsbildungen, die in hundertfachen Heerden das Darminnere bedecken und dadurch den giftigen Stoffwechselprodukten der Bakterien, den Toxinen, die Pforten eröffnen, durch welche dieselben in den Säftekreislauf geraten. Die Anschwellungen der Mandeln, Nieren, Milz und Leber sind Prozesse, welche nur von nebenständlicher Natur sind im Vergleich mit der schweren Durchgiftung des Körpers vom Darne aus; denn in dem Maße, wie letztere sich ausdehnt, wachsen die bedingungsabhängigen Symptome, welche namentlich von dem gegen das Typhusgift sehr empfindlichen Nervensysteme ausgehen. Fieber und Schüttelfrost, schwere Benommenheit, Phantastiken gegen Abend und zur Nachtzeit, Theilnahmslosigkeit gegen die Umgebung, Drückempfindlichkeit am Unterleib, Diarrhöen, schwere Träume, die den Schlaf tören, Schwerhörigkeit und allgemeine Abstumpfung des Bewußtseins zeigen den Eintritt schwererer Stadien an. Obwohl aber der Kranke dabei keine besonderen Schmerzen erleidet und in einem Zustande von Betäubung daliegt, welcher nur ab und zu durch eine zitternde Bewegung der Lippen und ein paar hingemurmelte Worte unterbrochen wird, ruht das Gehirn nicht, sondern bewegt sich in überstürzten Bildern und Vorstellungen, welche unter Umständen zu einem plötzlichen Wuthanfall oder zu dem Versuch, sich aus dem Fenster zu stürzen, führen können. Diejenigen, die überhaupt sterben, verfallen sodann in tiefe Findungslosigkeit und Unbewußtheit und gehen im Laufe der dritten bis vierten Woche meistens durch Stillstand des Herzens und der Athmungstätigkeit, seltener wegen Durchbohrung des Darmes mit nachfolgender Bauchfellentzündung zu Grunde, während die anderen unter sehr allmählichem Nachlassen der Krankheitserscheinungen und langsamer Wiederkehr eines ruhigen und wirklichen Erquickung gewährenden Schlafes genesen.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Darstellungen sein, die Behandlungsmethoden ausführlich anzugeben, da Typhus immer eine Krankheit von solcher Schwere ist, daß sie die volle Aufmerksamkeit eines geschulten Arztes erfordert. Nur soviel mag hier gesagt sein, daß reichliches Trinken von tadellosem Wasser, innerliche Verabreichung von Chinin und Kalomel und eventuell fieberwidrigen Mitteln, wie Antipyrin, den Ablauf erleichtern. Viel wichtiger ist eine richtige Diät, welche den Darm nicht belastet, aber von Anfang an auf Erhaltung der Kräfte Bedacht nimmt. Milch, Kalao, Bouillon mit Ei und kräftige Alkohole, wie starker, alter Wein und Sognaf oder andere Aromen, sind daher hier am Platze.

Am segensvollsten wirken die von Brand in Stettin in die Therapie eingeführten kalten Kollidier. Früher hatte nämlich der Kranke im allgemeinen vier Chancen für sich und eine gegen sich, d. h. mit andern Worten: von 100 Kranken starben etwa 20. Seitdem man aber die Wuttemperatur der Kranken dadurch andauernd niedrig hält, daß man dieselben bei Tag und Nacht, so lange die Wuttemperatur über 39 Grad Celsius hinausgehen will, etwa alle drei Stunden in ein Bad von 24 Grad und 6 bis 10 Minuten Dauer setzt, wobei die Wuttemperatur durch Zugießen am Fußende bis auf 20 Grad erniedrigt wird, ist die Sterblichkeit der also behandelten Fälle auf ein Minimum herabgedrückt.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert auch die manchmal recht langwierige Resonanz, weil die Kranken leicht zu schweren Nachkrankheiten, wie Lungenentzündung, Brustfellentzündung, Peritonitis und Nierenentzündung disponiren.

Die Prophylaxe fällt für die Gesamtheit mit den allgemeinen Aufgaben der Hygiene zusammen, die schon im Eingange ihre Würdigung gefunden haben. Die Umgebung des Kranken kann sich dagegen vor Ansteckung nur durch peinliche Desinfektion der Ausscheidungen und aller Gebrauchsgegenstände sichern. Wo das Leitungswasser verdächtig ist, muß dasselbe natürlich vor jedem Gebrauche (auch zur Geschirrrreinigung) abgeseiht werden. Für denjenigen, der dem Kranken, dem es die Verhältnisse gestatten, ist es freilich sicherer, den Ort, in dem die Epidemie wüthet, zu verlassen.

Li-Sung-Tschang.

* Peking, 7. Nov. Ueber die letzten Augenblicke Li-Sung-Tschangs wird noch folgendes bekannt: Li-Sung-Tschang kam in der Nacht wieder zu sich, nachdem er seit Dienstag bewusstlos war, und nahm etwas Nahrung zu sich. Er schien seine Verwandten zu erkennen. Die fremden Aerzte zogen sich frühzeitig zurück und erklärten, es sei nichts mehr zu machen. Der Leibarzt blieb allein bei ihm. Als heute Früh die fremden Aerzte erfuhr, daß die chinesischen Aerzte an das Krankenbett gerufen seien, weigerten sie sich, Li-Sung-Tschang weiter zu behandeln. Während man um diese Frage herumstritt, starb Li-Sung-Tschang. Es wurde dann sofort auf dem Hofe ein grüner Balanfin mit acht Trägern und acht schwarzen Pferden, Alles aus Papier, hergerichtet in natürlicher Größe und Alles angezündet, damit die Seele des Verstorbenen in den Flammen nach dem Himmel befördert werde. Die Leiche wird heute Vormittag in einen Sarg aus Teakholz gelegt, welchen Li-Sung-Tschang auf seinen Reisen um die Welt mitnahm. Am Sonntag findet die feierliche Aufbahrung statt, wo chinesische Beamte vor der Leiche desilieren. Ein besonderer Tag wird festgesetzt, wo die fremden Gesandten zugelassen werden. Die Beerdigung findet in dem kleinen Dorfe statt, wo Li-Sung-Tschang geboren wurde. Der Tag der Beerdigung ist noch nicht festgesetzt. Die Nachricht vom Ableben Li-Sung-Tschangs wurde dem Hofe telegraphisch mitgeteilt. Man erwartet das Eintreffen eines Ediktes, durch welches Li-Sung-Tschang noch nach dem Tode gewisse Ehrentitel zuerkannt werden. Er wird wahrscheinlich zum Marquis ernannt, welcher Titel von seinem ältesten Sohne weitergeführt werden wird. Die fremden Gesandten empfangen die Todesanzeige und beantworten dieselbe durch Beileidsschreiben.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

* London, 8. Nov. In einer Depesche Ritchers aus Pretoria werden weitere Einzelheiten über das Gefecht bei Verkenlaage gemeldet. Hiernach erreichte die Kolonne Benjons den Lagerplatz bei festigem Regen. Die Buren erhielten Verstärkung durch Louis Botsa, der mit 600 Mann im Einkampf bis dicht an die Nachhut Benjons' heranrückte. Zuverlässigen Nachrichten zufolge wurde auf Seite der Buren 44 Mann getötet, 100 verwundet.
* London, 8. Nov. Daily News schreiben: Miß Hobhouse, welche die öffentliche Aufmerksamkeit auf die hohe Sterblichkeit in den Konzentrationslagern in Südafrika lenkte, ist in Südafrika verhaftet worden. Man glaubt, sie sei deportirt, d. h. an Bord eines nach England fahrenden Fahrzeuges gebracht worden.
* London, 8. Nov. Reuters Bureau meldet aus Rietspruit vom 6. November: Drei Kolonnen führten gestern Abend und heute Früh einen Marsch von 18 Meilen aus und griffen die in Rietspruit stehenden Buren an. Feldkornet Kroop und fünf Andere wurden gefangen genommen. In Winberg ergaben sich zwei Buren.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 8. Nov. Das Plenum des Bundesrats wird dem Vernehmen nach am 12. d. M. über die von den Ausschüssen vorgelegene Zolltarifvorlage verhandeln.
* Berlin, 8. Nov. Gegenüber anders lautenden Blättermeldungen erfahren die Berl. Neuesten Nachrichten an maßgebender Stelle, es sei nicht richtig, daß der Zolltarifentwurf im Bundesrathe wichtige Veränderungen erfahren habe. Ebenso unrichtig sei die Behauptung, daß die baldige Einbringung der Vorlage im Reichstage zweifelhaft geworden sei. Nach wie vor bestehe die begründete Hoffnung, daß dem von allen Parteien gehegten Wunsche, die Vorlage dem Reichstage bei Zusammentritt unterbreitet zu sehen, wird Rechnung getragen werden können.
* Berlin, 8. Nov. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichsanzeigers, wonach der Bundesrat beschloß, die Zulassung derselben Realgymnasialabiturienten, welche ihr medizinisches Studium vor dem 1. Oktober d. J. begonnen haben, zur Ablegung der ärztlichen Prüfungen nach den bisherigen Vorschriften nicht von der Ergänzung des Reifezeugnisses durch eine Nachprüfung im Lateinischen und Griechischen abhängig zu machen.
* Berlin, 8. Nov. Die Stadtverordneten berieten gestern über die Wohnungsnot und lehnten den Antrag auf Errichtung von Wohnhäusern zur Vermietung kleiner Wohnungen an städtische Arbeiter und Beamte ab. Sie nahmen dagegen Anträge an, welche eine Erweiterung der Wohnungszahl und eine wirksamere Besteuerung der unbauten Grundstücke verlangen.
* Kiel, 8. Nov. Die Kieler Zitg. meldet: An Bord des Linienpostschiffes Kaiser Wilhelm II. begann gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit die kriegsgerichtliche Verhandlung wegen der Vorgänge auf dem kleinen Kreuzer Gazelle. Die Anklage richtet sich in erster Linie gegen den Obermatrosen Weiß, der aus der Garnisonarrestanstalt an Bord gebracht worden ist, dann gegen den Obermatrosen Henz, den Matrosen Groger und gegen den Wachmeistermaat Kunze.
* Kiel, 8. Nov. Das Urtheil im „Gazellenprozeß“ wurde gestern Abend gegen 9 Uhr gefällt: Obermatrose Weiß wurde, wie die „Kieler Zeitung“ meldet, von der Anklage des Ueberbortwrens von Geschwülstheilen freigesprochen, dagegen wegen Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung, sowie Verleumdung eines Vorgesetzten zu drei Monat Gefängniß verurtheilt. Matrose Groger wurde von der Anklage der Bedrohung mit Begehung eines Verbrechens freigesprochen, aber wegen Unsaftens und Singens eines auf den Kommandanten

gemünzten Liedes zu sechs Monat Gefängniß verurtheilt. Obermatrose Henz wurde wegen Achtungsverletzung und Singens des Liedes zu dreimonatlichem Gefängniß, Wachmeistermaat Kunze wegen desselben Vergehens zu dreimonatlichem Gefängniß und Degradation verurtheilt. Außerdem stand noch Obermatrose Zeile unter Anklage, welcher den Matrosen Groger bei Abfassung des Liedes einige in demselben zur Anwendung kommende Ausdrücke sagte; er erhielt drei Wochen Mittelarrest. Kunze wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

* Darmstadt, 8. Nov. Prinz Heinrich von Preußen traf heute Vormittag hier ein und wurde am Bahnhof von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog empfangen.

* München, 8. Nov. Als Prinz Ludwig Ferdinand gestern Abend nach Rumpfenburg fuhr, stieß sein Wagen an einen Alleebaum an und stürzte um. Der Prinz brach die äußere Spitze des linken Schulterblattes; er befindet sich jetzt den Umständen entsprechend gut.

* Wien, 8. Nov. Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ zufolge beglückwünschte Seine Majestät der Kaiser den Prinzen Georg von Griechenland zu der auf Kreta herrschenden Ruhe und Ordnung.

* Wien, 7. Nov. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die Notstandsborlage der Regierung und die in Notstandsangelegenheiten eingebrachten Dringlichkeitsanträge an.

* Paris, 8. Nov. Die Budgetkommission, welche gestern beschloß, der Regierung nur die Ermächtigung zu einer Anleihe von 200 Millionen zu erteilen, wird heute über die Amortisirung dieser Anleihe berathen. Man glaubt, daß die Kommission den Vorschlag der Regierung, nach welchem die Depositionskasse in Anspruch genommen werden soll, ablehnen wird.

* Paris, 8. Nov. Der Ausschuß des Bergarbeiterverbandes hat, mehreren Blättern zufolge, jeden Beschluß über den Gesamtaustritt bis zum 25. November vertagt. Erst dann werde er eventuell die Ordre zum Einstellen der Arbeit geben.

* Bresl, 8. Nov. Das „Petit Journal“ meldet, daß sich unter den Arbeitern des Kriegshafens eine Streikbewegung geltend macht, welche sich auch auf die anderen Kriegshäfen auszudehnen droht. Die Marinebehörde sieht die Situation als ernst an.

* Paris, 8. Nov. Der deutsche Botschafter Fürst Radolin sprach dem Handelsminister Millerand im allerhöchsten Auftrage die Erkenntlichkeit Seiner Majestät des Kaisers für die künstlerisch vollendete, kostbare Erinnerungspannlette aus, die Millerand dem Kaiser durch den Botschafter Marquis de Noailles hat überreichen lassen, um seinen Dank abzustatten für die besondere persönliche Förderung, welche der Kaiser durch Uebersendung von Kunstwerken aus seinen Privatansammlungen der Pariser Weltausstellung angedeihen ließ. Millerand gab seiner Freude über diese kaiserliche Aufmerksamkeit herzlichen Ausdruck.

* Rom, 5. Nov. Das Auftreten der „Voce della Verita“ in der Angelegenheit des Prof. Dr. Spahn wird in kirchlichen Kreisen noch immer erörtert. Man ist überzeugt, daß die betreffenden Artikel der „Voce della Verita“ von irgend einer Persönlichkeit des päpstlichen Staatssekretariats inspirirt worden sind, indem noch immer ein deutschfeindlicher Geist herrscht und von wo aus man alles eifrig aufreißt, was in den Beziehungen zwischen den deutschen Katholiken und der kaiserlichen Regierung eine Spannung herbeiführen kann. In gemäßigten Kreisen ist man jedoch, bei aller Mißbilligung der Beziehungen des Dr. Spahn zur „Täglichen Rundschau“, nicht der Ansicht, daß dieser Zwischenfall die guten Beziehungen zwischen dem Vatikan und Deutschland trüben oder einen Bruch des Einvernehmens zwischen dem Centrum und der deutschen Regierung herbeiführen geeignet wäre. Mit der Ernennung des Professors Spahn hat der Kaiser offenbar beabsichtigt, im Sinne der Katholiken zu handeln, und diesem guten Willen muß Rechnung getragen werden. Nachdem die „Voce della Verita“ zur Einstellung ihrer Ausfälle verhalten worden ist, kann der Zwischenfall als abgeklungen angesehen werden. Ein Symptom dafür, daß das Verhältnis zwischen Berlin und dem Vatikan von dieser Angelegenheit nicht berührt worden ist, bildete der sehr freundliche Empfang, welchen der Papst dem deutschen Gesandten, Baron Notenhau, vor einigen Tagen bereite, als dieser dem Heiligen Vater als Geschenk des Kaisers Wilhelm II. eine Abschrift des Steinmann'schen historischen Werkes über die Sixtinische Kapelle überreichte.

* Castellamare, 8. Nov. In Gegenwart Ihrer Majestäten des Königs und der Königin hat heute Vormittag der Stapellauf des Panzerschiffes „Venedetto Priin“ stattgefunden. Das Königspaar wurde von der Menge enthusiastisch begrüßt.

* Madrid, 7. Nov. Senat. Bei der Beratung der Vorlagen über die religiösen Gemeinschaften greift der Herzog von Almenas die Unterrichtsfrage und das Dekret gegen die Kongregationen an. Die Minister des Innern und des Unterrichts treten für die Regierungsvorlage ein gegenüber den Angriffen des Bischofs von Oviedo, welcher gegen die Haltung gewisser Präfecten während der Jubiläumspredigten Beschwerde einlegt.

* Madrid, 8. Nov. In der Budgetkommission der Kammer ereignete sich heute ein Zwischenfall. Der Finanzminister hatte für den Dienst der auswärtigen Schuld als Zuschlag wegen der sich aus dem Wechselkurs ergebenden Differenz

einen Kredit in Höhe von neun Millionen Pesetas in Anspruch gebracht. Dies würde einem Wechselkurs von 2250 Proz. entsprechen. Da aber der jetzige Kurs 4285 ist, so gab die Kommission zu bedenken, daß der Kredit erhöht werden müßte. Der Finanzminister hielt dem aber entgegen, daß Dank seiner Vorschläge der Kurs bedeutend heruntergehen würde. Die Kommission zeigte sich dieser Annahme gegenüber mißtrauisch und bestand auf der Nothwendigkeit, den Kredit zu erhöhen. Angesichts des Widerstandes der Kommission kündigte der Minister seine Demission an. Eine Ministerkrise scheint demnach unvermeidlich.

* Belgrad, 7. Nov. Der Skupstina wurde heute der Auslieferungsvertrag zwischen Serbien und Amerika unterbreitet. Im Senate interpellirte der ehemalige Gesandte in London Mijatowitsch und der Petrovskij Innocenz den Minister des Auswärtigen darüber, was zum Schutze des von den Albanesen bedrängten Volkes in Albanien geschehen sei. Der Ministerpräsident erklärte, er werde die Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

* Sofia, 8. Nov. Die Sobranje wählte den Kandidaten der Mehrheit, den ehemaligen Minister Balabanow, mit 116 Stimmen zum Präsidenten.

* St. Petersburg, 8. Nov. Gemäß einer gestern erlassenen Verfügung erkannte der Finanzminister es für möglich an, seine am 11. Juni d. J. erlassene Verordnung aufzuheben. In dieser war die börsenmäßige Notierung von Papieren kommerzieller und industrieller Gesellschaften, an deren Gründung oder Verwaltung deutsche Reichsunterthanen theilhaftig sind, ohne jedesmalige besondere Bewilligung der Finanzminister unterstellt.

* New-York, 8. Nov. Einer Depesche aus Colon zufolge ist die Wiedung des „New-York Herald“, die Aufständischen hätten Panama eingenommen, durchaus unrichtig. Es fand dort kein Gefecht statt, die Lage der Dinge ist unverändert.

* Valparaiso, 7. Nov. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer gab der Minister des Auswärtigen eine Erklärung ab, in welcher er die beunruhigenden Nachrichten über die Beziehungen zwischen Chile und Argentinien für durchaus unbegründet erklärte. Die Beziehungen seien nach wie vor freundlich.

* Melbourne, 7. Nov. In der Besprechung mit dem Bundespremierminister Barton wies der Kommandant des australischen Geschwaders, Contreadmiral Beaumont, auf die Nothwendigkeit hin, das Geschwader durch moderne Schiffe zu vermehren, damit es einem feindlichen Angriffe gewachsen sei.

Verschiedenes.

* Kiel, 8. Nov. Die Leiche des bei dem Unfall auf dem „Barbarossa“ ertrunkenen Obermatrosen Kairies ist noch nicht aufgefunden. Man nimmt an, daß derselbe unter das Schiff gekommen ist.

* Hamburg, 7. Nov. Im Raume des bei Blohm und Voß im Dock liegenden Dampfers „Prinz Heinrich“ des Norddeutschen Lloyd brach heute Feuer aus, das nur mit großer Mühe zu bewältigen war.

* München-Gladbach, 8. Nov. Gestern wurde hier die preussische höhere Fachschule für Textilindustrie eingeweiht. Anwesend waren die Staatsminister Müller und v. Rheinbaben, der Oberpräsident Kasse, der Regierungspräsident von Düsseldorf, sowie viele andere Vertreter der Behörden. Nach der Eröffnungsrede des Präsidenten der hiesigen Handelskammer, Duac, hielten beide Minister Ansprachen, worin sie ihre Wünsche für das Gedeihen der Fachschule zum Ausdruck brachten.

* Frankfurt, 8. Nov. (Telegr.) Heute Früh ist der Geistliche Rath Bernhard, Pfarrer an der Liebfrauentirche gestorben.

* London, 7. Nov. (Telegr.) Ein Telegramm aus Sheerness meldet, daß der holländische Postdampfer „Roningen Regente“ in der letzten Nacht zufolge Nebels mit dem britischen Kreuzer „Proserpine“ zusammenstieß. Die Passagiere des Postdampfers sind wohlbehalten an Bord des Kreuzers gebracht worden. Der Postdampfer ist auf den Strand gestrandet.

* New-York, 8. Nov. (Telegr.) In Leavenworth (Kansas) meuterten 30 im dortigen Gefängniß untergebrachte Strafgefangene, entrißen den Aufsehern die Waffen, tödteten einen und verwundeten zwei derselben und flohen dann. Die Meuterer, von denen einer getödtet und mehrere verwundet worden, werden von Kavallerie verfolgt.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Samstag, 9. Nov. Keine Vorstellung wegen der in der Festhalle veranstalteten Aufführungen zu Gunsten der Hoftheaterpensionersanstalt. Anfang 8 Uhr; wegen des großen Andranges zu dieser Veranstaltung und zur Bequemlichkeit des Publikums wird vom Dienstag, den 5. November an, Herrn Kunz, Musikalienhändler einen Theil der Verkauf zum „Bunten Theater“ übernehmen. Einzelne Plagattungen sind bereits ausverkauft.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 8. Nov. 1901. Ueber Nordosteuropa liegt noch eine ziemlich tiefe Depression, deren Einfluß weit nach Süden und Südwesten hin reicht; bis Mitteldeutschland herein herrscht deshalb mildes und vielfach regnerisches Wetter. Im Süden des Reiches lagen die Morgen-temperaturen bei wenig bewölktem Himmel meist unter dem Gefrierpunkt, doch steht bewölkt und etwas wärmeres Wetter in Aussicht, da voraussichtlich die Depression langsam ihren Wirkungskreis ausdehnt.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Table with 7 columns: Datum, Barom. mm, Therm. in C., Abf. in mm, Feuchtigk. in mm, Wind, Witterung. Rows for 7. Nov. 9h, 7. Nov. 7h, 8. Nov. 2h.

Höchste Temperatur am 7. November: 8.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.0

Niederschlagsmenge des 7. November: 0.0 mm

Wasserstand des Rheins. Waga. 8. Nov.: 3.36 m.

Verantwortlicher Redakteur: August Reß in Karlsruhe

Seiden-Blousen Mk. 4.35

und höher - 4 Meter - sowie stets das Neueste in schwarzer, weißer u. farbiger „Henneberg-Seide“ von 95 Pf. bis Mk. 18.65 p. Met. - Seiden-Damaste v. Mk. 1.35 - 18.65 Seiden-Bastkleider p. Robe „ 13.80 - 68.50 Seiden-Foulards bedruckt „ 95 Pf. - 5.85 Ball-Seide v. 75 Pf. - 18.65 Braut-Seide „ Mk. 1.35 - 11.65 Blousen-Seide „ „ 1.10 - 9.80 p. Met. Absolut kein Zoll zu zahlen! da die portofreie Zufuhrung der Stoffe durch meine Seidenfabrik auf deutschem Grenzgebiet erfolgt. - Muster umgehend. - Doppeltes Briefporto nach d. Schweiz. G. Henneberg, Seiden-Fabrikant, Zürich (K. u. L. Hoflieferant.)

